



Haltlose CDU-Anschuldigungen

Ein von der LINKEN in Auftrag gegebenes Gutachten belegt, dass die Höhe des kommunalen Finanzausgleiches ausreichend ist. Allerdings müssten 131 Millionen Euro von den Landkreisen in die Kommunen umverteilt werden und zwar so, dass sie nicht über die Kreisumlage wieder abschöpft werden.

In regelmäßigen Abständen stehen die Finanzbeziehungen zwischen Land Thüringen und den Kommunen und Kreisen auf dem Prüfstand. Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr ein Gutachten beauftragt, das jetzt im Landtag diskutiert wird. Das Ergebnis der wissenschaftlichen Arbeit der Universität Köln beweist, dass die Kommunen, entgegen der CDU-Anschuldigungen, ausreichend Geld vom Land erhalten haben, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. In Summe ist der kommunale Finanzausgleich also ausreichend hoch dotiert.

Allerdings haben die Wissenschaftler auch ermittelt, dass für die Aufgaben der Landkreise rund 131 Millionen Euro zu viel zur Verfügung standen. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Gemeinden und Städte für ihre Aufgaben jene 131 Millionen Euro zu wenig zur Verfügung hatten. Die Schlussfolgerung des Gutachtens wäre also, innerhalb der kommunalen Familie diesen Betrag zu Gunsten der Gemeinden und Städte umzuschichten.

Es ist schon ein seltenes Phänomen, wenn eine bisher kreisfreie Stadt freiwillig ihre Kreisfreiheit aufgibt und zum umliegenden Kreis zurückkehrt. Doch diesen Vorgang einer Fusion, konnte man in den letzten Jahren zwischen der Stadt Eisenach und dem Wartburgkreis beobachten. Seit dem 1. Juli darf sich Eisenach, als einzige Stadt im Freistaat Thüringen, große Kreisstadt nennen. Das Reformvorhaben ist nicht nur ein Beleg für die Funktionsfähigkeit der freiwilligen Gebietsreform, sondern der Fusionsprozess wird darüber hinaus durch die rot-rot-grüne Regierungskoalition mit 46 Millionen Euro gefördert. Die 1998 beschlossene Kreisfreiheit der Stadt war neben vielen Freiheiten auch mit einer schwierigen Haushaltslage verbunden. Die Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE- Stadtratsfraktion Karin May ließ verlauten: „Gegen den Beschluss des Stadtrats, Eisenach kreisfrei zu machen, hat sich un-



Geld ist für die Thüringer Kommunalpolitik eigentlich genug da, es müsste nur an die richtigen Stellen verteilt werden, meint Sascha Bilay, kommunalpolitischer Sprecher der Thüringer Linksfraktion.

Gleichzeitig wäre gesetzlich zu sichern, dass die Landkreise nicht über den Umweg der Kreisumlage diesen Betrag anschließend wieder abschöpfen Und genau hier setzt die span-

nende Debatte auf Landesebene ein. Die SPD strebt an, die zusätzlichen Mittel den Gemeinden und Städten zu geben, aber gleichzeitig bei den Landkreisen den Betrag auszuglei-

chen. Das würde eine Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um 131 Millionen Euro bedeuten, obwohl wissenschaftlich belegt ist, dass die Landkreise schon bisher mehr Geld zur Verfügung hatten, als sie für die Aufgabenerfüllung benötigten. Eine pauschale Erhöhung der kommunalen Mittel schließen LINKE und Grüne nach derzeitiger Sachlage aus. Die Gutachter schlagen auch vor, die Finanzausweisungen künftig nicht mehr allein an die Einwohnerzahl zu koppeln, sondern vielmehr anhand der konkreten Aufgaben zu bestimmen. Damit wird das Konzept der zentralen Orte wieder aufgegriffen und verstärkt. Die Bemessung der Finanzmittel anhand der Einstufung als Grundzentrum, Mittelzentrum oder Oberzentrum würde auch besser abbilden, dass bestimmte Gemeinden und Städte für das Umland bestimmte Leistungen vorhalten müssen, ohne dass sich die Umlandkommunen ausreichend an den Kosten beteiligen.

Sasha Bilay

Seltsam, aber am Besten für alle

Am 1. Juli haben die Stadt Eisenach und der Wartburgkreis freiwillig ihre Fusion abgeschlossen. Warum das ein echte Win-Win-Situationen für beide Seienm ist.



Stößchen: Eisenach Oberbürgermeisterin Katja Wolf (LINKE) und Landrat Reinhard Krebs (CDU) stoßen auf die erfolgreichen Fusion an.

sere Fraktion 1998 geschlossen gewandt, weil die Stadt dafür nicht über die erforderliche Einwohner-

zahl verfügt, um finanziell zu bestehen. Die Folge war die Abhängigkeit von Bedarfszuweisungen mit negati-

ven Folgen für die weitere Entwicklung der Stadt. Wahrlich, die jahrelangen Haushaltsdebatten waren keine reine Freude.“ Mit der Fusion gehen die Stadt und der Kreis wieder gemeinsame Wege, sodass der Wartburgkreis damit der bevölkerungsreichste Landkreis im Freistaat ist.

Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e.V.
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann
Landesgeschäftsstelle
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt
Telefon: 0361 54128389